Dresdner Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementspreis mit der tägl. Unterhaltungsbeilage Leben, Wissen, Kunst sowie der Frauen- und Jugendzeitung einschließl. Bringerlohn monatlich 80 Pf. Durch die Post bezogen vierteljährl. M. 2.70 unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn M. 5. Erscheint tägl. mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Redaktion: Gr. Zwingerstraße 14, II. Tel. 3465. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. Expedition: Gr. Zwingerstraße 14. Tel. 1769. Geschäftszeit von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

Inserate werden die 6gespaltene Petitzeile mit 25 Pf. berechnet, bei dreimaliger Wiederholung wird Rabatt gewährt. Vereinsanzeigen 20 Pf. Inserate müssen bis spätestens ½10 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im voraus zu bezahlen. – Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Nr. 280. | Dresden, Montag den 4. Dezember 1911. | 22. Jahrg.

Die finanzpolitische Aufgabe der Sozialdemokratie im nächsten Reichstag.

Die Bestrebungen der sozialdemokratischen Fraktion im nächsten Reichstag auf dem Gebiete der Finanzpolitik werden dahin gerichtet sein:

1. die Ausgaben des Reiches für kulturelle und sozialpolitische Zwecke im Interesse der breiten Massen zu erhöhen;
2. die Ausgaben des Reichs zu Rüstungszwecken und zugunsten der Besitzenden zu verhindern;
3. die Lasten der breiten Massen an Verbrauchsabgaben (Zöllen und indirekten Steuern) mit dem Ziel ihrer schließlichen vollständigen Beseitigung zu erleichtern;
4. die Besitzenden zur Tragung der Reichslasten stärker heranzuziehen;
5. weitere Einnahmequellen für kulturelle und sozialpolitische Zwecke ohne Schädigung der Masse der Bevölkerung zu erschließen.

Die Sozialdemokratie ist ganz damit einverstanden, daß das Reich viel Geld einnimmt und viel Geld ausgibt. Aber das Geld soll zu nützlichen Zwecken verwendet werden und es soll dort geholt werden, wo es im Ueberfluß vorhanden ist.

Nützliche Zwecke sind: Erhöhung der Gehälter der unteren Beamten, Verbesserungen der Arbeitsbedingungen und der Löhne in den Reichsbetrieben, alle Aufwendungen für Kunst, Wissenschaft, Gesundheitspflege, Arbeiterschutz, Sozialversicherung, überhaupt für die geistige und körperliche Wohlfahrt der Gesamtbevölkerung.

Unnütze und schädliche Ausgaben sind die Aufwendungen zur Verschärfung des internationalen Wettrüstens (siehe darüber den vorangegangenen Artikel: Heer und Flotte), Ausfuhrprämien, Schnapsliebesgaben. Die letzteren dienen nur zum Nutzen von Großgrundbesitzern und großen Branntweinbrennern.

Das Geld zur Deckung der Auslagen soll den Wohlhabenden und nicht den Notleidenden abgenommen werden.

Nach dem Reichshaushaltplan für 1911 nimmt das Reich aus Zöllen und Verbrauchsabgaben rund 1200 Millionen M. jährlich ein, das macht bei einer Bevölkerung von 65 Millionen 18½ M. auf den Kopf oder durchschnittlich 92½ M. auf eine Familie von fünf Personen. Rechnet man dazu die staatliche Einkommensteuer und 100 Proz. Gemeindezuschlag (in Preußen zusammen 12 M. in der niedersten Stufe), so ergibt das eine Gesamtlast von 104½ M. bei einem Einkommen von 900 M. oder 2 M. die Woche. Ein solches Einkommen ist also mit 11½ Proz. steuerlich belastet!

Die Sozialdemokratie will den Massen die 1200 Millionen Mark, die sie jährlich für Reichszwecke zu bezahlen haben, wieder zurückgeben, indem sie die indirekten Steuern beseitigt. Dies kann jedoch nicht so geschehen, daß die bestehenden Steuergesetze einfach aufgehoben werden, es muß zugleich gesetzliche Vorsorge dafür geschaffen werden, daß nicht Fabrikanten und Zwischenhändler den freigewordenen Betrag in ihre Tasche stecken, sondern daß er wirklich den Verbrauchern zugute kommt.

Von bürgerlicher Seite pflegt man die Dinge so darzustellen, als wenn der Betrag von 1200 Millionen auf andere Weise als durch Belastung der breiten Massen mit Verbrauchsabgaben nicht aufzubringen wäre. Das ist aber ein leerer Vorwand, der gebraucht wird, um die Wohlhabenden zu schonen.

500 Millionen Mark können allein schon dadurch aufgebracht werden, daß man eine Reichserbschaftssteuer nach englischem Muster einführte. Die kleinen Erbschaften können dabei gut geschont werden. Zu solcher Schonung war die Sozialdemokratie auch bereit, als im Jahre 1909 bei der Beratung der berüchtigten Reichsfinanzreform die Nachlaßsteuer zur Beratung stand. Trotzdem stimmten Zentrum und Konservative gegen die Nachlaßsteuer, weil sie, wie sie selber sagten, das Portemonnaie der Besitzenden dem Parlament des gleichen Wahlrechts nicht ausliefern wollten.

Viele Hunderte von Millionen können dann aber auch aus einer Reichseinkommen- und einer Reichsvermögenssteuer aufgebracht werden. Es ist eine gröbliche Irreführung, wenn die bürgerlichen Parteien behaupten, die Steuerkraft der Besitzenden werde durch die Staaten und Gemeinden im wesentlichen schon erschöpft. Die Einkommen und Vermögen der reichen und reichsten Leute sind in den letzten Jahrzehnten kolossal angewachsen, angewachsen nicht etwa durch die Arbeit der Kapitalbesitzer selbst, sondern durch die Tätigkeit der Massen des arbeitenden Volkes, ohne daß eine entsprechende Mehrbelastung eingetreten wäre. Es ist auch eine seltsame Logik, zu sagen, einem Arbeiter, der von 900 M. Einkommen 104½ M. indirekte und direkte Steuern bezahlt, dem also eigentlich nur 795½ M. übrig bleiben, könne man ruhig noch einige neue Steuern aufpacken, ein Reicher sei aber schon „erschöpft", wenn er von 50000 M. oder 100000 M. jährlichen Einkommens 10000 und 20000 M. Steuern zahlt, wenn ihm also noch 40000 oder 80000 M. jährlichen Einkommens bleiben.

Durchaus schwindelhaft ist auch die Behauptung, die Sozialdemokratie wolle mit ihren Steuervorschlägen die mittleren und unteren Beamten belasten. Nach sozialdemokratischer Absicht sollen die Reichseinkommensteuern erst bei einem Einkommen von 6000 M. mit kleinen Sätzen beginnen und von da an in entsprechender Progression gesteigert werden.

Hinfällig ist ferner auch der Einwand, durch zu starke Besteuerung der Reichen werde die notwendige Kapitalansammlung aufgehalten. Es ist richtig, daß ein Volk nicht sein ganzes Einkommen aufessen und vertrinken darf, man muß neue Maschinen fabrizieren, Häuser bauen, Verkehrsmittel beschaffen usw. Wo aber steht geschrieben, daß diese Maschinen, Häuser und Verkehrsmittel Eigentum einzelner Personen sein müssen? Auch das Reich kann, wenn es finanziell entsprechend gestellt ist, einen Teil seines Einkommens in Arbeitsmittel und dauernde Gebrauchswerte umsetzen, das „Kapital", das dadurch entsteht, ist dann nicht mehr Privatkapital, sondern öffentliches Eigentum, es verliert, bei entsprechender Verwaltung, seinen eigentlich kapitalistischen Charakter und wird dadurch für die Allgemeinheit eine Quelle steigender Wohlfahrt.

Niemand lasse sich durch die Versprechungen der bürgerlichen Parteien täuschen, daß bei der nächsten Steuererhöhung die Besitzenden zur Tragung der Lasten herangezogen werden sollen. Wie sich schon bei der letzten Reichsfinanzreform gezeigt hat, sind diese bürgerlichen Besitzsteuern **stets nur ein Feigenblatt für steigende Steuerbelastung der Massen** durch Verbrauchsabgaben. Nur die Sozialdemokratie lehnt neue Verbrauchsabgaben unbedingt ab.

Schließlich will die Sozialdemokratie, entsprechend ihrem sozialistischen Grundcharakter, auch weitere Einnahmequellen erschließen, indem sie bestehende Privatbetriebe in das Reichseigentum überführt. Man denke an die gewaltigen Einnahmen, die Reich und Staat aus der Post, den Eisenbahnen, Domänen, Bergwerken usw. erzielen! Würde heute jemand wünschen, daß diese Riesensummen in die Taschen privater Unternehmer flössen? Die Sozialdemokratie will die Wirtschaftsmonopole des Reichs vermehren, allerdings will sie nicht, daß diese Monopole zur Ausbeutung der Verbraucher und zur Ausbeutung und Unterdrückung der Arbeiter nach großkapitalistischem Muster mißbraucht werden. Das Reich kann Musterbetriebe schaffen und sich mit verhältnismäßig geringem Gewinn begnügen, seine Einnahmen werden trotzdem riesenhaft sein, wenn seine Monopole eine entsprechende Vermehrung erfahren. Großer Umsatz, kleiner Nutzen muß die Parole sein, und die Erträge müssen, wie schon angeführt, in Form nützlicher Ausgaben an die arbeitenden Massen zurückfließen. Die Sozialdemokratie treibt Finanzpolitik im Sinne des heiligen Crispin, der den Reichen das Leder nahm, um den Armen Schuhe daraus zu machen. Die Finanzpolitik der bürgerlichen Parteien verfährt genau umgekehrt. Sie nimmt den Armen, um Reiche zu mästen.

Eine Schlappe der Kriegspartei.

-th- Wien, 3. Dezember.

Der Rücktritt des Generalstabschefs Baron Conrad von Hötzendorf hat die Hüllen von dem Schleier gezogen, der die Tätigkeit der Kriegspartei verbarg. Der Thronfolger selbst ist ihr Haupt, aber der Generalstabschef war ihr begabtester und rührigster Agent. Er stand schon mehrmals im Mittelpunkt politischer Händel. Seinetwegen fiel vor einigen Monaten der Kriegsminister Schönaich. Dieser war sehr eifrig in der Vermehrung der Heereskosten, aber dem Rüstungswahnwitz, der am Hofe des Erzherzogs Franz Ferdinand tobt vermochte er nicht genug zu tun. 400 Millionen Kronen hatte man dort an Vermehrung der Heereskosten verlangt, er setzte bloß 200 Millionen durch, und da seine Wehrvorlagen gleichfalls nicht befriedigten, wurde er mit Schimpf davongejagt, nachdem der Thronfolger, der Oberkommandant des Heeres, erklärt hatte, er gestatte ihm keine persönliche Zusammenkunft mehr. Dem Kampf mit dem Kriegsminister folgte jetzt ein Duell mit dem Minister des Auswärtigen und mit der ungarischen Regierung. Kaum hatte Italien seinen Feldzug in Tripolis eröffnet, als die Wiener Kriegspartei die Zeit gekommen glaubte, aller Rücksichten sich zu entledigen. Der neue Kriegsminister Aussenberg, ein Geschöpf des Thronfolgers, unternahm eine Reise nach Südtirol, die in Italien Aufsehen erregte. Da die Thronfolgerpresse überdies jede Gelegenheit, jedes Gerücht, zumal von Aktionen der italienischen Presse, benützte, um ein wildes Kriegsgebeul auszustoßen, glaubte Graf Aehrenthal, einen Dämpfer aufsetzen zu müssen und ließ die Tiroler Reise Aussenbergs ins harmlose umdeuten, als sei sie der besseren Wohnungseinrichtungen der Soldaten wegen geschehen. Die Thronfolgerpartei spielte jedoch gerade jetzt ihren Trumpf aus. Geflissentlich brachte sie an die Oeffentlichkeit, es handle sich um eine umfassende Aenderung der Dislokation des Heeres, wobei besonders Südtirol mit Soldaten reicher zu bedenken wäre, damit bei einem plötzlichen Ueberfall Italiens die nötigen Vorkehrungen getroffen seien, ihn erfolgreich zurückzuschlagen.

Das schlug dem Faß den Zapfen aus. Aehrenthal, der es schwer trug, daß die Militärattachés der Gesandtschaften Politik selbständiger und anderer Art machten als die Gesandtschaften zu machen von ihm angewiesen waren, wollte die Sache nun beim Kaiser zum Austrag bringen. Eine gemeinsame Audienz beider Streitenden endete mit dem Sturz des Soldaten, der aber als Armeeinspektor in eine höhere, wenn auch einflußlosere Stellung vorgerückt wurde. Indes wäre es irrig anzunehmen, sein Sturz sei Aehrenthals Triumph. Am Tage vorher hatte der Kaiser mühsam den Thronfolger davon abgehalten, aus Trotz alle militärischen Aemter niederzulegen. Doch nun wurde alsogleich der Gegenstoß geführt. Das Kriegsministerium ließ eine offiziöse Mitteilung ergehen, in der es hieß: „Die österreichisch-ungarische Armee sieht in Konrad ein Vorbild militärischer Tugenden und blickte vertrauensvoll zum Generalstabschef des berufenen Oberkommandanten der gesamten bewaffneten Macht auf. Wer das Verhältnis zwischen diesem und Baron Conrad kennt, wird begreifen, wie schwer Erzherzog Franz Ferdinand den Generalstabschef aus dem Amte scheiden sieht. Als gehorsamer Soldat mußte sich aber auch der Thronfolger der allerhöchsten Entscheidung fügen." Zugleich wurde Conrad bescheinigt, daß er durchaus nicht in Ungnade beim Kaiser sei; wenn bei den bestehenden Gegensätzen er weichen mußte, so nur deshalb, „weil ein Wechsel in der Person des Ministers des Aeußeren mit Rücksicht auf die allgemeine Lage nicht am Platze sei".

Wenn der Kriegsminister solche Aeußerungen über seinen Kollegen im Auswärtigen Amt hinaus gehen lassen darf, wie muß dessen Stellung erschüttert sein! Wie nahe liegt die Annahme ungarischer Regierungsblätter, daß Aehrenthal nur noch die nächsten Delegationen erleben wird. Dann wird er um die Ecke gebracht. Erzählen doch die Thronfolgerblätter, der italienische Botschafter habe dem deutschen am Tage des Sturzes die Mitteilung in folgenden Worten gemacht: Conrad ist auf dem Altar des Dreibundes geopfert worden. Tschirschky, der noch nichts wußte, fragte im Kriegsministerium an, wo ihm die Bestätigung zuteil wurde. Daraus wird der Schluß gezogen: Im Einvernehmen mit dem italienischen Botschafter wurde Conrad beseitigt, gewissermaßen auf Wunsch Italiens — also! Italien rüstet gegen uns und darf in unsere Armeeverhältnisse eingreifen. Die ganze Militärfronde, die sich unter dem Thronfolger gebildet hat, läuft nun hinter Aehrenthal als Meute her. In diesen Köpfen scheint sich wirklich der Wahnsinnsgedanke eines Präventivkriegs festgesetzt zu haben. Wie könnte man Italien je wieder unter so günstigen Bedingungen angreifen, so lautet ihre Lehre, als jetzt, wo seine Armee durch die tripolitanische Expedition geschwächt, seine Flotte größtenteils im Schutzdienst des tripolitanischen Transports gebunden ist, wo die Balkanfeinde durch die Furcht vor der Türkei im Banne gehalten werden. Daß sich gegen dieses frivole Spiel mit dem Kriegsgedanken die ungeheure Mehrheit des Volkes kehrt, scheint die Kriegsphantasten nicht zu stören. Der Kaiser freilich will den Frieden, aber auch er gönnt den militärischen Ratgebern ein geneigtes Gehör.

Es wäre dem Grafen Aehrenthal wohl nicht einmal gelungen, einen vorläufigen Erfolg zu erringen, würde Conrad in seiner Dreistigkeit nicht so weit gegangen sein, sich auch in die innere Politik Ungarns einzumengen. Feind der Schönaichschen Wehrreform, suchte er sie jetzt so zu beseitigen, daß er sich mit dem Plane einer provisorischen Reform trug: danach sollte es einstweilen bei den drei Jahren bleiben, aber das Rekrutenkontingent um 30000 Mann erhöht werden. War das erreicht, so hatte die Militärverwaltung was sie wollte; an der Verkürzung der Dienstzeit liegt ihr blutwenig. Verrat einer Volkspartei wäre es, einer solchen Lösung zuzustimmen. Allein, die ungarische Opposition war bereit, den Verrat zu begehen, verhandelte heimlich mit Conrad, um durch Beseitigung der Wehrvorlage die Regierung aus dem Felde zu drängen. Khuen-Hedervary zerhieb die Fäden, und wandte sich energisch gegen den General, der seine Hände gedeckt im parlamentarischen Spiele hatte. Er gewann einen Sieg, den ihm der Thronfolger so wenig als dem Grafen Aehrenthal verzeihen wird.

Wahlkampf.

Die Flottenparole als Umsturzhelferin.

Die bürgerlichen Parteien glaubten, in der Forderung neuer Flottenrüstungen wider England eine zugkräftige Wahlparole gegen die Sozialdemokratie gefunden zu haben. Sobald aber davon die Rede ist, daß dieser Spaß auch Geld kosten wird, zucken sie wieder ängstlich zurück. So hat die Nachricht einer Korrespondenz, die nächste Flottenvorlage werde 360 Millionen Mark kosten, den konservativen Reichsboten so sehr erschreckt, daß er sofort nach der zuständigen Stelle stürzte, von wo er mit folgenden Informationen zurückkam:

Amtliche Erwägungen, die bereits eine irgendwie greifbare Gestalt angenommen hätten, liegen noch keineswegs vor. Man würde sie jetzt, so unmittelbar vor den Wahlen, auch kaum für besonders zweckmäßig halten können. Deshalb ist auch die Ziffer von 360 Millionen Mark, die sich auf sechs Jahre verteilen sollen, nichts als müßige Kombination. Im Augenblick werden sogar Vermutungen laut, daß diese Ziffer als Schreckgespenst mit der ganzen Meldung zusammen aus dem Bereiche der Radikalen stammt, die damit den Wählern das Grausen beibringen und den Massen des Volkes neue schwere Lasten an die Wand malen wollen, um sie schon aus Angst in das Lager des Umsturzes zu treiben. Das Reichsschatzamt ist amtlich mit